

DER SENKAKU-ZWISCHENFALL UND

SEINE AUSWIRKUNGEN AUF DIE

JAPANISCHE INNENPOLITIK

Manfred Pohl

Angesichts der jüngsten innenpolitischen Entwicklungen in Japan nach dem sog. "Senkaku-Zwischenfall" vom April erscheint es lohnend, die Auswirkungen dieses Zwischenfalls noch einmal aus japanischer Sicht zu untersuchen. Bisher ist in den vorliegenden deutschsprachigen Darstellungen (1) des Senkaku-Problems der Akzent auf das völkerrechtliche Problem der territorialen Zugehörigkeit dieser Inselgruppe gelegt worden - m.E. ist dieser Aspekt jedoch bei dem April-Zwischenfall nur von zweitrangiger Bedeutung gewesen, wenn das strittige Territorialproblem auch den Hebel bildete.

Seit China und Japan 1972 ihre diplomatischen Beziehungen normalisiert haben, versucht die chinesische Seite mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, Tokyo zum Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages zu bewegen, der eine Anti-Hegemonie-Klausel enthalten soll. Es sind Form und Inhalt dieser Klausel, welche die japanische Seite bisher zögern ließ. Um die Japaner in Zugzwang zu bringen, bedienen sich die Chinesen vor allem volksdiplomatischer Methoden, die bis zum April 1978 den Boden für eine positive Entscheidung Japans bestens vorbereitet hatten: Oppositionsparteien, Massenorganisationen wie etwa die Gewerkschaften, Intellektuelle und nicht zuletzt ein gewichtiger Teil der Regierungspartei (LDP: Liberaldemokratische Partei) traten nachdrücklich für einen schnellen Vertragsabschluß ein.

Ministerpräsident Fukuda, der innerhalb der LDP zu den Taiwannahen Falken gehört und dessen Haltung gegenüber dem Vertrag eher als skeptisch zu beurteilen war, hatte schließlich den parteiinternen Prozeß zur Bildung eines Konsenses für den Vertrag einleiten müssen. Obwohl unter einem gewissen Druck, hat er diesen Prozeß 1978 dann doch recht bereitwillig begonnen; seine Planung dürfte dabei auf folgenden Ablauf gezielt haben: Ein schneller Abschluß des Vertrages hätte die schwindende Popularität des Ministerpräsidenten gestärkt, er hätte mit einem solchen innenpolitischen Rückenwind das Parlament auflösen können, und ein glatter Wahlsieg wäre ihm wohl sicher gewesen. Mit einem solchen Wahlsieg wäre er in den für Dezember anstehenden Neuwahlen des Parteipräsidenten der LDP unbestrittener Favorit gewesen und sein Rivale Ohira (jetzt Generalsekretär der LDP) hätte das Nachsehen gehabt.

1. Reaktionen im Kabinett

Vor allem Verwirrung kennzeichnete deshalb Fukudas Reaktion. Vor seiner Abreise nach den USA sagte er gegenüber "Newsweek": "Ich habe wirklich keine Erklärung dafür, warum (der Senkaku-Zwischenfall) in dieser empfindlichen Zeit zwischen China und Japan geschah, während neue chinesisch-japanische Vertrags-

verhandlungen kurz vor dem Beginn standen. Es war ein Hindernis für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Friedensvertrag, und es ist eine sehr schwierige Sache geworden". (Auf die Frage, ob Fukudas Begeisterung für den Vertrag etwas abgekühlt sei:) "Unleugbar hat (der Zwischenfall) für unseren Zeitplan eine kleine Verzögerung bewirkt.

Fortsetzung von Seite 336

KPCh zu erhalten. Aus dem Kreis der 91 ZK-Mitglieder des 8. ZK ist mithin Ulanfu der einzige Aufsteiger. Ganz anders sieht es indessen bei den Kandidaten des 8. ZK aus: Von den insgesamt 88 sind heute nicht weniger als 36 (= 41%) Mitglieder des ZK, von diesen sogar sechs Mitglieder und einer Kandidat des Politbüros. Hier ist sichtbar die 1956 vom 8. Parteikongreß gewählte Nachfolgemannschaft in der Führungsspitze nachgewachsen. Um diesen Tatbestand würdigen zu können, müßte folglich gefragt werden, wo es eine Partei gibt - das sollte gleichwohl für die sozialistischen Staaten als für die westlichen Demokratien gelten - wo 41% der vor 22 Jahren gewählten Nachfolgemannschaft heute die Führung bilden. Dazwischen lag freilich die Kulturrevolution als ein Prozeß der Tabula rasa, dem die Hälfte der ZK-Mitglieder und drei Viertel der -Kandidaten zum Opfer fielen. In welchem Maße die heutige Führung die Kulturrevolution korrigiert, kann aus den genannten Zahlen entnommen werden.

Von den 36 einstigen Kandidaten des ZK sind heute elf Militärführer, darunter 6 Kommandeure von Militärbezirken, und zehn Provinzkader, darunter zehn erste Parteisekretäre.

10. SCHLUSSBEMERKUNG

Das dargetane Material zeigt: Die Kulturrevolution fraß die verdienten Kämpfer der Revolution. Welch ungeheuerlicher Vorgang! Mao Tse-tung hat in der Kulturrevolution seiner Frau Chiang Ch'ing freie Hand gelassen. Nichts in dieser Zeit geschah ohne seinen Willen. Selbst Chou En-lai und Chu Te, die großen Mitstreiter Maos, waren außerstande, den Amoklauf zu verhindern. Die Ausschaltung der Hälfte der Mitglieder und drei Viertel der Kandidaten des 8. ZK während der Kulturrevolution wurde zum historischen Dokument der Undankbarkeit eines der großen Revolutionsführer dieses Jahrhunderts gegenüber seinen Mitkämpfern. Hierfür gibt es keine Parallele. Die Liquidationen Stalins in den Mittdreißigerjahren waren die des Nachfolgers des originären Revolutionärs Lenin.

Aber es gibt keine Veränderung in unserem grundsätzlichen Wunsch, einen solchen Vertrag abzuschließen." (2)

Garant für die Fortsetzung der Bemühungen um den Vertrag ist Außenminister Sonoda, Chinas bester Freund im Kabinett. Obwohl er zu Fukudas Fraktion zählt, die mehrheitlich nach Taiwan neigt, tritt er nachdrücklich für den Vertrag ein. Ursprünglich wollte er so schnell wie möglich nach Peking, um dort die Vertragsverhandlungen wieder aufzunehmen; eine (offensichtlich gezielte) Indiskretion aus dem Außenministerium machte im Januar 1978 seine Absicht vorzeitig bekannt - und Fukuda dementierte scharf alle Pläne dieser Art (3). Seither ist das früher enge Verhältnis zwischen den beiden Politikern etwas getrübt: Sonoda, der ohnehin nur widerwillig und auf Drängen Fukudas Außenminister geworden war, sah Fukudas Zögern sehr kritisch. Aber auch Sonoda war mindestens irritiert durch das chinesische Vorgehen; an die chinesische Adresse gerichtet sagte er, daß es "Wesen der Parteipolitik (in Japan) sei, innerhalb der Regierungspartei erst einmal einen Konsens herzustellen" (4). Aus der Sicht Chinas hätte Sonoda sicher besser als Kenner der parteiinternen Machtstrukturen in der vermittelnden Rolle des Kabinett-Staatssekretärs für einen schnellen Vertragsabschluß arbeiten können, als er es heute im Amt des Außenministers kann.

Keine japanische Regierung ist in der Lage, gegen den erklärten Willen einer geschlossenen Gruppe innerhalb der Regierungspartei eine bestimmte politische Entscheidung durchzusetzen. Die Taiwan-Lobby und jüngere, konservative Parteimitglieder und Abgeordnete aus der "Seirankai" widersetzen sich einem Vertragsabschluß, weil sie gegen die Anti-Hegemonieformel sind und weil sie "die Republik China (Taiwan) nicht verraten wollen" (5). Wenn Fukuda diesen Widerstand überwinden will, braucht er "außerparlamentarische" Unterstützung: die öffentliche und die "veröffentlichte" Meinung; besonders die letztere hatte das Vertragsproblem in letzter Zeit über dem Problem des Flugplatzes Narita und anderer drängenderer Probleme deutlich vernachlässigt - der Wirbel um den Senkaku-Zwischenfall hat der Chinafrage erneut einen prominenten Platz in der täglichen Berichterstattung gesichert. Die öffentliche Meinung ist wieder an dem Vertragsabschluß interessiert, d.h. das "japanische Volk" ist durch eine Aktion der "chinesischen Massen" - also eine echte "volksdiplomatische Aktion" - wieder aktiviert worden.

Folgende Indizien scheinen in der Tat darauf hinzudeuten, daß die chinesische Seite mit "unorthodoxen" Mitteln auf den japanischen Entscheidungsprozeß in Kabinett und Regierungspartei Einfluß auszuüben sucht: Ohne zwingende Notwendigkeit hat Teng Hsiao-p'ing gegenüber einem Besucher der (Oppositionspartei) Komeito noch einmal den früheren Ministerpräsidenten Miki angegriffen und eine Parallele zwischen dessen vorsichtiger Haltung und dem Zögern Fukudas gezogen; die Reaktion auf dieses Verfahren Tengs, das diplomatischer Gepflogenheit widerspricht, kam als scharfe Kritik an Tengs Äußerung, ausgerechnet durch den Chinafreund Sonoda (6). Übrigens erfolgte einen Tag später der Senkaku-Zwischenfall - Zufälligkeit des Zusammentreffens?

Gegen Ende der Senkaku-Affäre kritisierte schließlich der chinesische Botschafter in Tokyo, Fu Hao, gegenüber dem einflußreichen LDP-Politiker und Befürworter des Vertrages mit China Kono Kenzo die

"passive Haltung Fukudas". (7) Mehr noch als die Kritik an Miki erboste diese weitere offenkundige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Japans den Regierungschef. "Unverständlich" nannte Fukuda die Äußerungen Fu Haos, das Amt des Ministerpräsidenten nannte sie "unverzeihlich". (8) Die prompt erfolgten Dementis des Botschafters konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier dem amtierenden Ministerpräsidenten ein letzter Schlag versetzt werden sollte. Eines war damit sicher erreicht: Das Kabinett Fukuda hatte es nun noch schwerer, einen schnellen Vertragsabschluß gegenüber der LDP durchzusetzen - aber die Bereitschaft zu warten war von Fu Hao gegenüber Kono in dem gleichen Gespräch betont worden. Die chinesische Seite hatte am 22. April noch einmal offiziell erklärt, es habe sich bei dem Senkaku-Zwischenfall um ein zufälliges Vorkommnis gehandelt, das auf keinen Fall die Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen belasten dürfe (9); seither hat erneut die diplomatische Aktivität begonnen, die zum baldigen Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen beiden Ländern führen könnte, ohne daß dabei die umstrittene Rechtslage der Senkaku-Inseln in dieser Phase eine Rolle spielt.

Am 21. Mai äußerte Teng Hsiao-p'ing gegenüber einer Gruppe von UPI-Mitarbeitern, daß die japanischen Ansprüche bezüglich der Senkaku-Inseln von China zwar nicht anerkannt würden, daß aber dieses Problem in Zukunft leicht zu lösen sei; als Kern aller jüngsten Auseinandersetzungen bezeichnete er vielmehr den verschleppten Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages. Eine Gruppe von Vertragsgegnern in der LDP, so Teng, habe die Senkaku-Frage hochgespielt, um den Vertrag zu sabotieren. (10)

Schon vor Teng hatten andere chinesische Politiker die Gruppe der "Warner" in der LDP attackiert: Der Leiter des Sekretariats der chinesisch-japanischen Freundschaftsgesellschaft, Sun P'ing-hua, machte gegenüber Den Hideo, dem Vorsitzenden der neu gegründeten Oppositionspartei "Sozialdemokratische Liga", der gerade in Peking weilte, deutlich, daß die "Seirankai" (Gesellschaft vom Frühlingssturm; eine ultra-konservative Gruppierung in der LDP, der vorwiegend jüngere LDP-Abgeordnete angehören) an allem Schuld sei, weil ein Abgeordneter aus ihren Reihen die Senkaku-Frage hochgespielt habe. Demgegenüber ließ sich die "Asahi Shimbun" aus Hongkong berichten, daß in der dortigen Zeitung ("Ta kung pao") in der innerparteilichen "Studiengruppe über Probleme Asiens" (der sog. "A-kenkyu kai") die Bösewichter saßen (11), welche die chinesisch-japanische Freundschaft zu torpedieren wünschten. In der Tat hat gerade diese Gruppe (die weniger Studien als vielmehr "praktische Politik" im Interesse Taiwans betreibt) das chinesische Vorgehen als "Akte der Hegemonie" (12) bezeichnet.

2. Reaktion in der Regierungspartei

Es kann aber kein Zweifel darüber bestehen, daß in letzter Zeit die Taiwan-Lobby in der LDP wieder aktiv geworden ist, um den Vertrag zu torpedieren. Jedoch erscheint die Argumentation, daß "pointiert-hinterlistige" Anfragen im Unterhaus (13) nach dem Status der Senkaku-Inseln, die von Pro-Taiwan Abgeordneten gestellt worden seien, die chinesische Reaktion provoziert hätten (wie auch der chinesische Botschafter andeutete), nicht restlos überzeugend: In vergleichbaren Fällen hat sich die chinesische Seite

bisher entweder mit einem förmlichen völkerrechtlich korrekten Protest oder gar nur mit einer Richtigstellung in NCNA begnügt. Ein Obstruktionsmanöver der Taiwan-Lobby kann ohnehin nur dann die gewünschte Wirkung haben, wenn die chinesische Seite die Provokation aufgreift (wobei sie zweifellos bestimmte Zwecke verfolgt, die über die Wahrung des Rechtstitels hinausgehen), und wenn zum anderen die China-Euphorie in der japanischen Öffentlichkeit Abkühlungserscheinungen zeigt.

Beides traf im April offensichtlich zu; dennoch konnte die Taiwan-Lobby angesichts der grundsätzlich positiven Haltung der Mehrheit der Japaner gegenüber dem chinesischen Nachbarn, in einer für sie augenblicklich relativ günstigen Situation, nur die letzten politischen Eisstückchen in die brodelnde China-Euphorie werfen - wirklich endgültig kann sie den Vertrag nicht blockieren, wenn beide Seiten ihn ernsthaft wollen.

Die Aktion der Chinesen in den Gewässern um die Senkaku-Inseln, die aus japanischer Sicht eine "Verletzung der japanischen Territorialgewässer" darstellt, zeigte unmittelbare Auswirkungen, welche kaum im Interesse der Chinesen liegen konnten. Selbst emsige Befürworter des Vertrages, wie der frühere stellvertretende Außenminister Hogen Shin-saku, gingen davon aus, daß "es zwischen beiden Ländern kein Territorialproblem gibt." Die vertragliche Verankerung gutnachbarlicher Beziehungen galt als musterhaft: "Japan", so schrieb Hogen, "hat ... wiederholt und unaufhörlich von der Sowjetunion zu verlangen, diesem Beispiel zu folgen, das Territorialproblem zu lösen und den Abschluß eines Friedensvertrages zu fördern"(14). Chinafreunde wie Hogen waren verwirrt, ihr Einfluß war eindeutig zurückgedrängt.

Kennzeichnend für das Stimmungstief, das im April in der Regierungspartei herrschte, war weiterhin die Tatsache, daß unter den konservativen Parlamentariern beider Häuser des Parlaments die vorsichtige Zurückhaltung gegenüber der VR China überwog - die Warner vor einem vorschnellen Vertragsabschluß verfügten über eine deutliche Mehrheit. Nach einer Umfrage der "Asahi Shimbun" waren 167 LDP-Abgeordnete der Ansicht, bei dem Vertragsabschluß "solle nichts übereilt werden", während 148 konservative Parlamentarier die Ansicht vertraten, "Eile sei geboten" (15). Diese Umfrage war im Ergebnis kaum "übertrieben", wie es in Berichten heißt (16). Die "Asahi"-Journalisten gehören zu den überzeugten Verfechtern eines schnellen Vertragsabschlusses unter chinesischen Bedingungen, und sie waren offensichtlich in eine "Phase der Nachdenklichkeit" eingetreten - ein Indiz dafür, daß die chinesische Seite dabei war, mit ihrer Kompromißlosigkeit in der Frage der Anti-Hegemonieklausel ihr Blatt zu überreizen. Die "Asahi" gab eher wahrheitsgetreu den wachsenden Unmut in der Regierungspartei über die wiederholten massiven Einmischungen in den Meinungsbildungsprozeß in Japan seitens führender Vertreter der VR China wieder. Was immer auch die chinesische Demonstration letztlich bezweckt haben mochte - eines hatte sie mit Sicherheit bewirkt: Der delikate, komplizierte innerparteiliche Prozeß zur Konsensusbildung hinsichtlich des Friedens- und Freundschaftsvertrages war unterbrochen. Der Senkaku-Zwischenfall gab wieder jenen Kräften in der Regierungspartei Auftrieb, die vor einem übereilten Vertragsabschluß warnen. Es waren dabei durchaus nicht nur unbelehrbare, in die Vergangenheit zurückträumende Ultra-

konservative der Taiwan-Lobby, die wieder die Bremsen anlegten - nachdem der langfristige Handelsvertrag zwischen beiden Ländern unter Dach und Fach ist, hat die ökonomische Argumentation an Vordringlichkeit verloren; ein guter Teil jener wirtschaftlichen Vorteile, die man aus den Nachwirkungen eines Friedens- und Freundschaftsvertrages erwartet hatte, sind schon jetzt Vertragsrealität geworden. Ein gewichtiges Wort reden heute wieder jene LDP-Politiker mit, die im Verein mit führenden Vertretern japanischer Wirtschafts- und Unternehmensverbände die "sowjetische Option" zumindest offenhalten wollen.

Diese konservativen Politiker befürworten eine "stabile Asymmetrie" im Verhältnis Tokyo-Peking-Moskau, und gerade deswegen fürchten sie jede einseitige Verschiebung dieser Konstellation zugunsten Chinas. Für die eigene außenpolitische Bewegungsfreiheit erscheint ihnen ein ausbalanciertes Verhältnis zu den beiden kommunistischen Großmächten vorteilhafter zu sein.

3. Der Vertrag als innerparteiliches Druckmittel

Zum ersten Mal seit Jahren hat es wieder ein Gespräch zwischen dem japanischen Botschafter in Peking und dem stellvertretenden Außenminister Han Nien-lung gegeben, das der Vorklärung weiterer Verhandlungen über den anstehenden Vertrag dienen sollte. Die chinesische Seite ist bemüht, jedem japanischen Besucher das große Interesse an einem schnellen Vertragsabschluß zu verdeutlichen; der japanische Außenminister, so äußert sich Teng Hsiao-ping gegenüber japanischen Besuchern, sei jederzeit willkommen.

Aus dieser wiederbelebten Aktivität läßt sich m.E. rückwirkend der eigentliche Zweck des Senkaku-Zwischenfalls erkennen:

1. Diese sorgfältig geplante Provokation ohne völkerrechtliche Relevanz (zu der die parlamentarischen Aktionen der LDP-Falken nur den Vorwand lieferten) sollte das Problem des Friedens- und Freundschaftsvertrages mit der VR China bei den politisch Verantwortlichen und in der Bevölkerung wieder ins Bewußtsein rufen und dem Konsensbildungsprozeß in der LDP wieder mehr Durchsetzungskraft verleihen.
2. Ministerpräsident Fukuda, der ohnehin stets mit Mißtrauen betrachtet worden war, ist in chinesischer Sicht seinem Ruf als chinafeindlich gerecht geworden - es galt, ihn unter Druck zu setzen, um ihn endlich zur Erfüllung seiner Ankündigungen hinsichtlich des Vertrages zu zwingen.

Der Zeitpunkt ist von chinesischer Seite geschickt gewählt: Im Dezember 1978 läuft Fukudas Amtszeit als Präsident der LDP ab; die Neubesetzung dieses Postens erfolgt nach der reformierten Parteisatzung nicht mehr durch Absprache unter den mächtigen Parteibaronen, sondern durch ein Vorwahlverfahren im November, in dem zwei Kandidaten für eine abschließende Stichwahl bestimmt werden.

Fukuda, der durchaus nicht abgeneigt ist, erneut zu kandidieren, ist durch die spektakuläre chinesische Aktion unter Zugzwang und Zeitnot geraten, ihm bleiben nur zwei Möglichkeiten, wenn man davon ausgeht, daß er nicht als erfolgloser Regierungschef im Dezember seinem Nachfolger weichen will:

1. Er räumt zwar Ohira seinen Platz, aber er verläßt den Vordergrund der politischen Bühne als geehrter Altpolitiker, der durch den Abschluß des Friedens- und Freundschaftsvertrages den letzten Schritt zur endgültigen Aussöhnung zwischen China und Japan getan hat.
2. Er tritt gegen Ohira im Wahlkampf um die Präsidentschaft der Partei an und nutzt den Vertrag als "Wahlkampfmunitio", da er ansonsten nicht viel Glanzvolles in seiner bisherigen Amtszeit erreicht hat.

Fukuda sagte beim Rückflug aus den USA, bei einem Zwischenstop auf Hawaii, daß zwischen Ohira, dem Generalsekretär der LDP, und ihm volle Übereinstimmung darüber herrsche, daß Fukuda in den bevorstehenden Präsidentenwahlen der LDP nicht gegen seinen "Thronfolger" Ohira kandidieren werde. (17) Bekräftigt wird diese Aussage durch ein erneutes Dementi des Ministerpräsidenten hinsichtlich einer baldigen Auflösung des Unterhauses mit Neuwahlen; hier hätte sich Fukuda dann der Auffassung Ohiras angeschlossen, der scharf gegen Neuwahlen in 1978 ist.

Aber Fukuda ist als Fuchs bekannt: Er hat bewußt offengelassen, ob er sich mit dem Gedanken trägt, gegen Oktober Neuwahlen auszuschreiben - nach einem erfolgreichen Vertragsabschluß. Es wäre nicht das erste Mal, daß eine positive Chinapolitik mit spektakulären Ergebnissen innenpolitische - sprich: innerparteiliche - Machtkämpfe entscheidet: 1972 zog Tanaka Kakuei durch eine betont chinafreundliche Politik die öffentliche Meinung auf seine Seite - die nötigen Stimmen der Parteiwahlmänner brauchte er sich dann nur noch zu kaufen; der Verlierer hieß damals Fukuda.

Nur ein spektakulärer Erfolg, wie es der Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages wäre, kann Fukuda zu einer Wiederwahl verhelfen. Schon formieren sich in der Partei neue Koalitionen gegen ihn: Shiina, der "Königsmörder", der Mikis Sturz organisierte, grollt jetzt laut gegen Fukuda, und Politiker aller Fraktionen haben sich zusammenschlossen, um Fukudas Pläne zu vereiteln, die das Ende aller nötigen Parteireformen bedeuten könnten. Andererseits sind Ohiras Vorbereitungen auf eine öffentliche Präsidentenwahl weiter vorgeschritten als Fukudas, der seine innerparteiliche Position nicht so energisch ausbauen konnte wie Ohira. Seit einem Jahr durchkämmen Mitarbeiter der Ohira-Fraktion in Zusammenarbeit mit Angehörigen und Anhängern der Tanaka-Gruppe die Provinz, um die LDP-Mitgliedschaft und die Aktivisten der Sympathiesantengruppen (die bei der Parteipräsidentenwahl ebenfalls stimmberechtigt sind) auf einen neuen Parteichef Ohira einzustimmen; bisherige Trendmeldungen deuten darauf hin, daß Ohira mit der absoluten Mehrheit der Vorwahlstimmen rechnen kann.

Völlig verändert wäre aber die Situation, wenn Fukuda seinem Szenario entsprechend handeln könnte: Erfolgreiche Neuwahlen würden eine ganze Reihe von Parlamentsveteranen aus dem Unterhaus katapultieren; die Wahlmännergruppe, die schließlich aus den beiden siegreichen Kandidaten der Vorwahlen den Parteichef in der Stichwahl bestimmt (eben vor allem die Abgeordneten beider Häuser) hätten eine andere Zusammensetzung, auf die Fukuda durch geschickte Personalpolitik (Kabinettposten) und Fraktionstaktik Einfluß nehmen kann. Auch würde eine erfolgreiche Chinapolitik möglicherweise die Stimmung unter den Parteimitgliedern an der Basis zugunsten Fukudas

umschlagen lassen - zumindest wäre unter solchen Bedingungen die Vorwahlentscheidung für Ohira und seine Verbündeten nicht mehr sicher kalkulierbar (18).

In den innerparteilichen Scharmützeln, die jetzt begonnen haben und langsam an Heftigkeit zunehmen, spielt der "dritte Mann" Nakasone eine entscheidende Rolle. Der Geschäftsführer der LDP zählt zwar zu den jüngeren Männern, aber er kann schon auf eine beachtliche Erfahrung in politischer Überlebensfähigkeit verweisen. Zur Zeit taktiert er zwischen Ohira und Fukuda, wobei er sich in der Chinafrage als "Falke" profiliert hat, der japanische Senkaku-Ansprüche vertritt und die Anti-Hegemonieklausel mit Mißtrauen betrachtet. Er wird bei einem Vorwahlkampf der Präsidentenanwärter ebenfalls kandidieren, um sein Stimmenpaket später - in der "Post-Fukuda-Ära" - einflußfördernd einzusetzen. Aus der Zeit des Miki-Kabinetts, das von der Nakasone-Fraktion gestützt wurde, rührt noch ein Groll gegen Ohira, aber auch gegen Fukuda, weil beide Mikis Sturz betrieben, während Nakasone ihn stützte. Die Machtfrage in der LDP kann schlüssig erst nach dem Bonner Wirtschaftsgipfel beantwortet werden, wenn Fukuda über den Vertrag mit China entscheidet.

4. Der Stand der Verhandlungen

Der Senkaku-Zwischenfall, der in Japan also das Sekundärproblem der territorialen Zugehörigkeit dieser winzigen Inselgruppe vorübergehend in den Vordergrund rückte, hat schließlich jetzt auch das einzige wirklich ernstzunehmende Hindernis des Friedens- und Freundschaftsvertrages wieder in die vorbereitende Diskussion gerückt: die Anti-Hegemonieklausel. So flexibel sich die Chinesen neuerdings in der Territorialfrage geben, so hart sind sie bei dieser Klausel. Sie haben gute Argumente auf ihrer Seite: In der Tat akzeptierten die Japaner in dem Kommuniqué von 1972 eben diese Klausel - wie auch die Amerikaner und eine ganze Reihe anderer Staaten nachher (19).

Fukudas Probleme sind also nicht in erster Linie die "Taiwan-Falken" oder die "Seirankai" und auch nicht unmittelbar seine erneute Kandidatur, sondern die Frage, wie er und seine Regierung es gegenüber der Sowjetunion rechtfertigen können, diese Klausel zu akzeptieren. Japan ist bemüht, zu allen Staaten freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten und jede japanische Regierung würde es nur zu gern vermeiden, eine Großmacht wie die Sowjetunion vor den Kopf zu stoßen. Der frühere Ministerpräsident Miki hatte versucht, den Standpunkt zu vertreten, daß Japan ja schon in dem gemeinsamen Kommuniqué von 1972 sich gegen die Hegemonie irgendeiner Macht in Asien ausgesprochen habe und also eine nochmalige Erwähnung im Vertrag nicht nötig wäre (20). Als die chinesische Seite diesen Vorschlag ablehnte, zog Miki sich auf die Erklärung eines allgemeinen, in der UN-Charta festgelegten Prinzips der Anti-Hegemonie zurück, das eine Erwähnung im Vertrag ermöglichen würde. Ausgehend von diesem Ansatz, stellte schließlich der damalige Außenminister Miyazawa (heute Leiter des Wirtschaftsplanungsamtes) seine berühmten vier Prinzipien auf: 1. Die Klausel ist gegen kein bestimmtes drittes Land gerichtet, 2. sie bedeutet keine etwaigen späteren gemeinsamen Operationen, 3. Japan ist gegen Hegemonie überall auf der Welt, 4. die Klausel gründet sich auf die UN-Charta. Sollte die chinesische Seite diese Interpreta-

tion akzeptieren, bliebe es ohne Bedeutung, ob die Anti-Hegemonieklausel in die Präambel oder den Haupttext des Vertrages aufgenommen würde. Diese Version hat den besonderen Unwillen der Chinesen hervorgerufen, der dann noch durch Miyazawas harte Zurückweisung jeder chinesischen Einmischung in den Territorialstreit mit der Sowjetunion verstärkt wurde.

Miyazawas Nachfolger Kosaka rückte von den vier Punkten ab und bemühte die berühmte japanische "Friedensverfassung", die im Artikel 9 jedes Kriegsführungsrecht Japans verneint (Anm.: Japan besitzt heute die siebtstärkste Armee der Welt), um allen Adressaten der Anti-Hegemonieformel den Groll zu nehmen; auch bei Hinzuziehung der Friedensverfassung wäre es gleichgültig, ob eine solche Erwähnung im Haupttext oder in der Präambel erscheinen würde. Sowohl gegenüber dem LDP-Politiker Nikaido Susumu als auch gegenüber einem prominenten Oppositionspolitiker lehnte die chinesische Seite alle diese Versionen strikt ab (21).

Fukuda beginnt die Verhandlungen jetzt mit dem Grundsatz, es müsse eine Lösung gefunden werden, die "beide Seiten befriedigt". Hier liegt das eigentliche Problem, zumal der chinesische Vertragspartner inzwischen in seiner Verfassung die antisowjetische Haltung verankert hat und sowohl Taiwan-Lobby als auch "Freunde der Sowjetunion" jeder zweideutigen Formulierung Widerstand leisten werden. Von diesem Gesichtspunkt aus war der Senkaku-Zwischenfall als volksdiplomatisches Mittel - wenn er eines gewesen sein sollte - eine außerordentlich zweiseitige Waffe, denn dieses Vorgehen liefert eben jenen Kräften Argumente, die den Chinesen selbst hegemoniale Politik in Asien vorwerfen; bezeichnenderweise gehören zu dieser Gruppe auch die japanischen Kommunisten, die zweifellos über reiche Erfahrungen mit den Chinesen verfügen!

Also stellt sich das Vertragsproblem für den Ministerpräsidenten Fukuda auf eine Kurzform gebracht so dar: Der Wirtschaftsmagier muß eine Zauberformel finden, die feindliche Geister im Inneren und nach Außen bannt, damit er den Vertrag unterzeichnen kann; erst nach diesem Akt und der folgenden Ratifizierung wird Fukuda wieder an seiner politischen Zukunft zimmern können. Nur Fukuda kann diese Formel finden - und durchsetzen; daher scheint es als ziemlich sicher, daß noch in diesem Jahr, unter der Amtszeit Fukudas, der Vertrag geschlossen wird.

5. Der Zeitplan liegt fest

Trotz aller Schwierigkeiten scheint der weitere Ablauf der Vertragsverhandlungen fest vorgezeichnet: Außenminister Sonoda sagte in Bangkok, daß er von einem Abschluß kurz nach dem Wirtschaftsgipfel in Bonn ausgehe und auch einen Besuch in China einplane (AS, 19.6.78).

Auch die Sowjetunion betrachtet die Verhandlungen offensichtlich als sehr konkret, denn der sowjetische Botschafter Poljanski ist im japanischen Außenministerium vorstellig geworden und hat eine drohende Note seiner Regierung übermittelt, in der es u.a. heißt, daß ein solcher Vertrag "notwendigerweise die zukünftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern erschweren müsse und daß langjährige Anstrengungen beider Seiten damit zunichte gemacht werden könnten." Poljanski ließ keinen Zweifel daran, daß die Sowjetunion den chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrag als gegen die Sowjetunion

gerichtet betrachten wird. (AS, 19.6.78) Demgegenüber betonte die japanische Seite ihre beiden Prinzipien, daß a) Japan zu allen Ländern, auch zu solchen mit unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung freundschaftliche Beziehungen anstrebe und daß b) der anstehende Vertrag ein bilateraler Vertrag sei, der dritte Länder nicht berühre. Das japanische Außenministerium betonte dabei in seiner Antwort auf Poljanskis Darlegungen, daß "Japan seine Außenpolitik selbst bestimme" und der Vertrag mit China kein antisowjetischer Bündnisvertrag sei; die Verneinung der Hegemonie gründe sich auf die UN-Charta. Die sowjetischen Drohgebärden sind aus japanischer Sicht ungeschickt und befördern letztlich die prochinesische Haltung in der japanischen Bevölkerung, die ohnehin latent anti-sowjetisch ist. Fukuda kann dieses Vorgehen der Sowjets ausnutzen, wenn er die Vertragsverhandlungen vorantreibt.

Der Zeitplan des Ministerpräsidenten scheint dabei vorgezeichnet: Im Juli Teilnahme am Wirtschaftsgipfel in Bonn, vorher Verhandlungen mit China auf Expertenebene, so daß der Vertrag Ende Juli, Anfang August unterschriftsreif wäre. Mit Ohira hat Fukuda sich für August auf einen innerparteilichen Waffenstillstand geeinigt (22), was darauf schließen ließe, daß Fukuda für August mit einem konkreten Ergebnis rechnet.

Anmerkungen:

- 1) dazu Y. H. Nieh, "Tiaoyütai und das Problem des Festlandssockels im ostchinesischen Meer", in: Verfassung und Recht in Übersee, Heft 4, 1971, S. 443 - 455 (mit Betonung der chinesischen Position); eine kurze Darstellung des Senkaku-Zwischenfalls vom selben Autor, "Hintergründe des chinesisch-japanischen Inselstreits", in: C.a., Mai 1977, S. 279-282
- 2) Newsweek, 8.5.78
- 3) AS, 15.4.78
- 4) ebd.
- 5) vgl. dazu Karl Dixon, "Recent Trends in the LDP: Seirankai and Horizontal and Vertical Intraparty Polarizations", in: Asian Forum Vol. IX, No. 1, pp. 42-60
- 6) SWB, 13.4.78, Kyodo, 12.4.78
- 7) AS, 19.4.78
- 8) SWB, 21.4.78, Kyodo 20.4.78
- 9) AS, 22.4.78
- 10) AS, 22.5.78
- 11) AS, 15.4.78
- 12) ebd.
- 13) NZZ, 9.4.78
- 14) Hogen Shinsaku, "Behandlung der zwischen Japan und China bzw. der Sowjetunion anstehenden Probleme", übers. von J. Glaubitz, in: Materialien zur Außen- und Sicherheitspolitik Japans - Übersetzung ausgewählter japanischer Texte, 4, 1978, Nr. 4, S. 4-8
- 15) AS, 13.4.78
- 16) FEER, 28.4.78
- 17) JEJ, 16.5.78
- 18) AS, 27.5.78
- 19) vgl. etwa C.a. 6, 1976, C.a. 7, 1976 und für die japanischen Bemühungen, den Anti-Hegemonismus umzuinterpretieren C.a. 10, 1976
- 20) AS, 18.6.78
- 21) ebd.
- 22) AS, 17.6.78